

Die Deutsche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen und für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 200.

Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S. **Zweite Ausgabe** Dienstag, 22. Januar 1907.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. 1. Schriftleitung: Dr. Walter Gehlenbeck in Halle a. S. **Geschäftsstelle in Berlin: Deffauerstraße 14. Telefon-Amt VIA Nr. 11494.**

Zu den Reichstagswahlen.

Eine Rede Dernburgs in München.

In seiner Montagabend im großen Saale der „Kindbrauerei“ zu München gehaltenen Rede führte der stellvertretende Reichsdirektor Dernburg folgendes aus: Deutschland beginnt jetzt damit, womit es vor 22 Jahren hätte beginnen sollen, nämlich sich mit den Fragen national-ökonomischer und kultureller Natur zu beschäftigen, die die kolonialen Dinge in sich fassen. Deutschland hat seit 22 Jahren Kolonien, bisher hat es aber keine koloniale Politik gehabt. Diese Regierung muß aber auch wußten, daß die Ziele ihrer Politik immermann im Volke verständlich sind, deshalb muß das Verständnis nachgeholt und ein Kreuzweg der Erziehung zum kolonialen Verständnis unternommen werden. Daß Deutschland vor so wenig von seinen Kolonien weiß, daß nur Wären der Krieg und Verzicht hat verbreiten, daß man nur von Opfern und Aufopferungen weiß, unternommen werden müssen. Die Wünsche der Menschen erfüllen zu haben scheint, die seinen Grund darin, daß noch niemand ernsthaft versucht hat, alle diese Dinge ins Klare zu stellen, und dies zu tun, ist Aufgabe der Regierung, die ihre Politik ohne das Verständnis im Volke nicht durchführen kann. Kolonialpolitik heißt eine absolute Veränderung ihrer fremden Länder herbeiführen, die jeder viel Zeit, viel Geduld, viel Mühseligkeit. Welche Kämpfe hat es gefordert, Deutschland zu der Idee zu erheben, daß es seine Völkern nicht sein kann, daß es Weltanschauungspolitik zu treiben hat, wenn anders es leben will. Wir müssen als erstes lernen, geduldig, fleißig und zäh zu sein. Die Feinde einer Kolonialpolitik reifen langsam, und auch in unserer Kolonialpolitik muß es langsam gehen, von denen wir sagen: „Sie gefallen uns nicht mehr.“ Dieses Gefühl hat auch lange Zeit in England geherrscht, seitdem aber hat es industriell Reichtum erobert und zum Teil abstrahieren, es hat der Kapitalnie ihre Entwicklung gegeben, Kapital feilscht, Handelspaar unterworfen usw. Durch die Kolonialpolitik kann die Entwicklung von viele Völkern angereichert werden. Unsere koloniale Entwicklung hat unter den Völkern, die wir haben, einen nationalen Völkern unerschütterlichen Klang. Eine Enttäuschung lag darin, daß, als das Reich die politische Gewalt an sich nehmen mußte, ihm politische Aufgaben und der Kampf der deutschen Völkern gegenüber einer neuen Eingeborenenpolitik und vollkommenen Abhängigkeit zu übergeben kamen und wir dazu, den Wert unserer kolonialen Besitzes zu unterschätzen, daß wir ihn uns verheimlichen ließen, bis manche unserer Kolonien auf der Landkarte wie eine Jovine auf dem gesunden Menschenbild auswichen. Es kam jene Zeit, in welcher weder die Regierung an die Zukunft der Kolonien zu denken und vollkommenen Abhängigkeit zu übergeben kamen und wir dazu, den Wert unserer kolonialen Besitzes zu unterschätzen, daß wir ihn uns verheimlichen ließen, bis manche unserer Kolonien auf der Landkarte wie eine Jovine auf dem gesunden Menschenbild auswichen.

Gouverneur von Lindequist in Jamburg.

Gouverneur von Jamburg Lindequist hielt Montagabend auf Einladung der Jamburger Handelskammer vor einer aus etwa dreitausend Zuhörern bestehenden Versammlung einen Vortrag über Deutsch-Südwestafrika. Der Versammlung wohnten die Spitzen der staatlichen und der Reichsbehörden, sowie der Militärbehörden bei, ferner zahlreiche Vertreter der Bürgerschaft, der Handelskammer und der Kaufmannschaft. Die Emporen waren von etwa 300 Damen besetzt.

Der Präsident der Handelskammer, S. Lindt, eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis auf die außerordentlichen Umstände, die zu der außerordentlichen Wählung der Handelskammer, die gegenwärtige Versammlung einberufen, geführt haben. Gouverneur v. Lindequist begründete alsdann zunächst die Notwendigkeit des Besizes unserer wertvollen und aufstrebenden Kolonien und ging dann zur Schilderung der Verhältnisse von Südwestafrika über. Er hob hervor, welchen Aufschwung die letzte Jahrzehnte nach dem Ausbruch der Kunde gebracht habe. Der Anbau von Bodenerzeugnissen werde sich sehr rasch ausbreiten, wenn die Eisenbahnen statt auf den Äpfeln der Sieger auf der Ebene zu ihrer Ähre transportiert werden könnten.

Die Versammlung spendete dem Redner im Verlaufe seiner Ausführungen sowie zum Schluß derselben reichlichen Beifall.

Die Forderung des Tages.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter obigem Titel: Wie man uns aus Völkern und der Provinz Brandenburg schreibt, werden dort von liberaler Seite Fuglöhler verbreitet, in denen behauptet wird, der Reichsfanzler wolle eine liberale Mehrheitsregierung bilden, die die Reichsfinanzverwaltung hat niemals eine derartige Welterklärung getan. Sogar in seinem Silberbrief, als auch in seiner Rede vom letzten Sonnabend hat Herr Bülow nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß er eine aus Konservativen und Liberalen zusammengesetzte Mehrheit wünscht. Dieses Ziel ist nicht dadurch zu erreichen, daß Konervative und Liberale sich gegenseitig Mandate abzunehmen suchen. Die in allen großen und nationalen Fragen überläufige Majorität aus Konservativen und Liberalen, in der Herr Bülow die Forderung des Tages erblickt, verlangt vielmehr, daß die Winderbeitparteien vom 13. Dezember 1906 gegen Sozialdemokratie und Zentrum geschlossen zusammengehen.

Warum?

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter dem Titel „Warum?“, Warum soll auch in einem auskömmlichen Wahlsysteme jeder an die Urnen? Weil die Stimmen der Parteien für ganz Deutschland gezählt werden. Es ist von hoher Wichtigkeit, daß die nationalen Parteien mit einer möglichst hohen Gesamtziffer aus den Wahlen hervorgehen. Das gibt Stimmung und Freudigkeit und erschlüsselt die Zukunft des Segners. Darum heran! Eure Stimme ist nicht umsonst abzugeben, sie ist wertvoll!

* Zum Wahlkampf. Neue Steuern. Die „Nord.“

Die „Nord.“ schreibt: Von mehreren verschiedener Parteirichtung ist zu erwarten, daß die Beschlüsse der Reichstagswahlen, die die Parteien in den Reichstagen herantreiben. Zum Beweise beweist man sich auf dem Spatiateil der 1907 beigefügten Denkschrift. Diese Verfassung ist jedoch unerschütterlich. Die verschiedenen Regierungen haben daher, so heißt es in der Denkschrift, wörtlich mit der Feststellung des Staats nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß sie zur bevorstehenden Wahlperiode imstande seien. Sie müssen sich jedoch eine entsprechende Entlastung durch nachträgliche Ergänzung der jüngst beschriebenen Steuerzettel vorbehalten. Damit ist lediglich eine Verwahrung der verschiedenen Regierungen gegen die Möglichkeit einer aus der Entscheidung ungewählter Wahlperiode in Höhe von 57 Millionen Mark im Laufe des Etats und imhinein, den die vorstehend angegebene Summe von rund 21 Millionen Mark (das ist der Betrag von 40 Pfennigen auf den Kopf der Bevölkerung; 5 3, Absatz 1 des Finanzreformgesetzes vom 3. Juni 1906) um rund 38 Millionen übersteigenden Betrag heraus, das heißt, auch im 38, ebenfalls auf ungewählter

Patrillatbeiträge zu übernehmen.

Nirgends aber ist gesagt, daß nun auch sofort an eine Ergänzung der Steuererträge zu denken werden solle, aber gar wüßte, und das aus guten Gründen. Denn es läßt sich heute noch gar nicht übersehen, ob der in den Etatsentwurf eingeleitete Selbsttrag an ungewählten Patrillatbeiträgen denjenigen des verabschiedeten Etats entspricht, ob nicht die Rechnungsergebnisse des Jahres 1907 — das ist — sich wesentlich günstiger gestalten, als der Etat voraussetzt, ob und in welchem Umfang der durch eine dauernde Mehrbelastung der Einzelheiten mit ungewählten Patrillatbeiträgen über den Betrag von rund 24 Millionen Mark hinaus tatsächlich einzutreten wird, sowie endlich, ob und in welchem Umfang somit eine Erhöhung neuer Steuerquellen überhaupt nötig werden wird. Dazu kommt noch, daß die im Betrag von rund 24 Millionen Mark nach dem Etat übersteigenden ungewählten Patrillatbeiträge nach § 3, Absatz 1 des Finanzreformgesetzes für das betreffende Rechnungsjahr unersetzlich bleiben, und daß ferner, soweit ein solcher Mehrbetrag sich auch nach der Bedienung ergeben, dessen Erhebung nach § 3, Absatz 1 des genannten Gesetzes erst im Juli des dritten folgenden Rechnungsjahres stattfinden soll. Gestellt also auf Grund der Rechnungsergebnisse des Jahres 1907 derartige nachträgliche Mehrbeträge sich wirklich ergeben, so werden sie immerhin doch erst im Jahre 1910 fällig. Die Bauartung baldig: neue umfangreiche Steuern seien zu den bestehenden Abgaben in Aussicht genommen, entbehrt daher jeder tatsächlichen Illerlage.

* Die Reichstagswahlen finden am 2. Februar für ganz Mecklenburg statt.

* Noch einige Sprüche zur Herzstärkung bei den Wahlen

werden locoden von der „Rein. Volksst.“ mitgeteilt. Die dabei in Selbstironie Ergänztes lautet: so lieft man dort: Man darf die Güte nicht eher zum Halssoß haben, bevor die Kuh gefalst hat. Schrei nicht Juchhe, bevor Du über den Baum bist. Wenn der Hund predigt, so nimme die Gänse in acht. Hoffart kreutz den Schwanz über's Kopf. „Die werden mir Heiden“, sagt der Frosch zum Schwaben. „Je leerer der Kessel, je größer der Klang.“ Es sind nicht alle Jäger, die ins Horn blasen. Offenbar zur Kennzeichnung der Herrlichen Wahl- agitation ist dann noch der Spruch angefügt: „Zum Vergnügen der Wahrheit gehören viele Schaupfeil.“

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 22. Januar.

* Eine erregte Szene im braunschweigischen Landtage

spielte sich ab bei den kürzlich erwähnten Verhandlungen. Nach den inzwischen vorliegenden eingehenden Berichten trat Staatsminister von Otto den verletzten Welfenfreunden mit einer Schärfe entgegen, die zu lebhaften Auseinandersetzungen führte: Staatsminister v. von Otto: Solange die Beziehungen zwischen Ökumenen und der Provinz Hannover nicht erhalten werden, und sie werden aufrecht erhalten werden, wenn die Reichstagswahlen, so lange wird auch die Agitation in Hannover nicht aufhören, im Gegenteil: sie wird sich verheeren. (Beifall laut: Nein! Nein! Nein!) Staatsminister von Otto (für jetzt fortblieben) und mit der Hand heilig auf den Tisch schlagen): Sie haben hier nicht schon Nein! Nein! Nein! gerufen. Was ist denn daraus geworden? Eine Entladung zum Schaden unseres Landes. (Neue Zurufe: Nein! Nein!) Nicht um meine Person handelt es sich! Um mein armes Heimland tut es mir leid. Und so wie hier, so fürchte ich, wird es auch in der Provinz Hannover stehen. Wobin das führt? Die Geschichte des Deutschen Reiches lehrt es. Es handelt sich nicht nur um Welfen. Denken Sie an die jüngste Abstimmung im Reichstage. Wenn die fünf welfischen Stimmen nicht gegen die Regierung abgegeben worden wären, dann wäre der Regierungsantrag — nach dem offiziellen Protokoll — angenommen worden. Das ist die Stellung der welfischen Agitation. (Zuruf: Ja Hannover!) Ich bin im tiefsten Herzen überzeugt, daß ich allezeit gut getan habe, was im Interesse des Herzogtums, aber auch im Interesse des mir noch höher stehenden deutschen Vaterlandes liegt.

Nach dieser Rede des Ministers führte Ober-Rat Hart zuieg aus: Es sind in der letzten Zeit an mich Mitteilungen gelangt, daß in der Bevölkerung des Landes hier und da die Ansicht verbreitet, als belände innerhalb des herzoglichen Staatsministeriums nicht in jeder Beziehung volle Übereinstimmung, um insbesondere hätten die beiden anderen Mitglieder des Ministeriums in mancher Beziehung andere Anschauung als der Herr Staatsminister. Ich halte es demgegenüber für meine Pflicht, festzustellen (zugleich im Namen von Ober-Rat Hart), daß bei dem gegenwärtigen Verhältnis der Beziehungen zwischen dem Reich und dem Ministerium fest und fällt als festes. (Bravo!) Oberlandesgerichtspräsident W. I. konsultiert in gleicher Weise, daß auch unter den Mitgliedern des Regierungsrates feste volle Einmütigkeit in der Abgrenzung geübt wird.

* Schmidt-Möner. Der frühere Bezirksleiter von Logo, G. Schmidt, fordert, wie die „Magd. An.“

schreibt, in einem offenen Briefe den Justizminister auf, gegen den Oberlandesgerichtsrat Möner, der verurteilt habe, Schmidts Ehre zu befehlen und seine Ehrensache zu ruinieren, disziplinarisch einzuführen.

* Vizepräsident der Reichsbank, Geheimrat Oberfinanzrat Dr. von Glöttner ist zum Vizepräsidenten der Reichsbank ernannt worden.

07.
440
594
898
076
846
612
911
1058
292
802
179.
7.
66
999
1000.
878
949
981
1024
1149
140
198
257
289
384
394
428
438
490
500
540
550
584
594
628
638
672
682
716
726
760
770
814
824
858
868
902
912
946
956
990
1000.
1007
1017
1027
1037
1047
1057
1067
1077
1087
1097
1107
1117
1127
1137
1147
1157
1167
1177
1187
1197
1207
1217
1227
1237
1247
1257
1267
1277
1287
1297
1307
1317
1327
1337
1347
1357
1367
1377
1387
1397
1407
1417
1427
1437
1447
1457
1467
1477
1487
1497
1507
1517
1527
1537
1547
1557
1567
1577
1587
1597
1607
1617
1627
1637
1647
1657
1667
1677
1687
1697
1707
1717
1727
1737
1747
1757
1767
1777
1787
1797
1807
1817
1827
1837
1847
1857
1867
1877
1887
1897
1907
1917
1927
1937
1947
1957
1967
1977
1987
1997
2007

